

Musterurkunde für klassische Stiftungen

(Die Errichtung einer Stiftung kann auch in Form einer Verfügung von Todes wegen erfolgen. Wir empfehlen, die nachfolgenden Bestimmungen in eine solche einfließen zu lassen.)

STIFTUNGSSTATUT der XY-Stiftung

I. NAME, SITZ und ZWECK DER STIFTUNG

Artikel 1

Unter dem Namen „XY-Stiftung“ besteht eine Stiftung im Sinne von Artikel 80 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB). Sie hat ihren Sitz in XY.

Der Stiftungsrat ist befugt, den Sitz mit Zustimmung der zuständigen Behörde an einen anderen Ort in der Schweiz zu verlegen.

Artikel 2

Die Stiftung bezweckt.....

(In diesem Artikel kann auch näher umschrieben werden, wie der Stiftungszweck erfüllt werden soll.)

II. VERMÖGEN

Artikel 3

Der Stifter widmet der Stiftung anlässlich ihrer Errichtung einen Betrag von CHF (*Mindestwidmung: CHF 50'000.--*). Das Stiftungsvermögen kann jederzeit durch weitere Zuwendungen der Stifter oder Dritter vermehrt werden.

III. ORGANISATION

(STIFTUNGSRAT, REVISIONSSTELLE UND RECHNUNGSGLEGUNG)

Artikel 4

Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat sowie die Revisionsstelle.

Artikel 5

Der Stiftungsrat setzt sich aus XY Mitgliedern zusammen. Die ersten Mitglieder des Stiftungsrates werden von den Stiftern ernannt. Danach kooptiert sich der Stiftungsrat selber.

Die Amtsdauer des Stiftungsrates beträgt XY Jahre. Eine Wiederwahl ist möglich. Bei Ersatzwahlen während der Dauer einer Amtsperiode treten die Neugewählten in die Amtsdauer ihrer Vorgänger ein.

Der Stiftungsrat konstituiert sich selber. Er wählt insbesondere einen Präsidenten und bestimmt diejenigen seiner Mitglieder, welche kollektiv die rechtsverbindliche Unterschrift für die Stiftung führen.

Der Stiftungsrat führt die Geschäfte, vertritt die Stiftung nach aussen und verwaltet das Vermögen der Stiftung. In seine Kompetenz fallen insbesondere folgende, nicht delegierbare Aufgaben:

-
-
-

Der Stiftungsrat wird durch den Präsidenten, im Verhinderungsfall durch seinen Stellvertreter, unter Angabe der Traktanden und sooft es die Geschäfte erfordern, mindestens jedoch XY mal pro Jahr (*mindestens einmal*), einberufen.

Der Stiftungsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse einschliesslich allfälliger Wahlen mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit zählt die Stimme des Präsidenten doppelt. Zirkulationsbeschlüsse sind zulässig, sofern nicht ein Mitglied mündliche Beratung verlangt. Über die Beschlüsse wird Protokoll geführt. Zirkulationsbeschlüsse sind ins nächste ordentliche Protokoll aufzunehmen.

Über die Anlage des Stiftungsvermögens und dessen Verwendung erlässt der Stiftungsrat ein Reglement. Darüber hinaus kann der Stiftungsrat weitere Reglemente erlassen, welche die Bestimmungen dieses Statuts näher ausführen. Die Reglemente sind der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis zu bringen.

Artikel 6

Als Revisionsstelle ernennt der Stiftungsrat für die Dauer von jeweils XY Jahren eine unabhängige und fachlich ausgewiesene Person oder Gesellschaft (Art.83b ZGB). Wiederwahl ist möglich. Die Revisionsstelle hat die in den Artikeln 83b, 83c und 84a ZGB und allfälligen Weisungen der Aufsichtsbehörde festgelegten Aufgaben.

Artikel 7

Die Rechnung der Stiftung ist vom Stiftungsrat aufzustellen und jährlich auf den 31. Dezember, erstmals auf den 31. Dezember 200X, abzuschliessen. Die Stiftung reicht die Rechnung, den Jahresbericht und den Bericht der Revisionsstelle der Aufsichtsbehörde ein.

IV. ÄNDERUNG, ERGÄNZUNG, AUFHEBUNG

Artikel 8

Der Stiftungsrat kann der zuständigen Behörde eine Änderung der Bestimmungen des Stiftungsstatuts unter Wahrung des Stiftungszwecks beantragen (Art. 85, 86 und 86b ZGB).

Der Stifter behält sich gestützt auf Art. 86a ZGB und unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen ausdrücklich das Recht vor, den Zweck der Stiftung abzuändern.

Kann der Stiftungszweck nicht mehr erfüllt werden oder ist der Zweck widerrechtlich oder unsittlich geworden, wird die Stiftung auf Antrag oder von Amtes wegen nach den gesetzlichen Vorschriften aufgehoben. Ein allfälliges Restvermögen wird mit Zustimmung der zuständigen Behörde einer Institution mit möglichst ähnlicher Zwecksetzung zugeführt. Ein Rückfall des Stiftungsvermögens an den Stifter ist ausgeschlossen